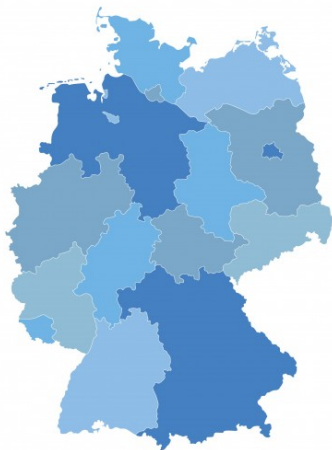


01.04.2010 BDC|Spektrum

# Der BDC in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung

*H. Rupprecht*



© iStock/chrupka

Wenn auch die Chirurgen und Chirurgeninnen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in ihrer täglichen Arbeit sehr viele Gemeinsamkeiten hatten und durch ein gewisses Maß an persönlichen und familiären Kontakten, an Vortragstätigkeit und Kongreßbesuchen sowie das Lesen wissenschaftlicher Literatur voneinander wußten, gab es doch nach der Wiedervereinigung auch für die Chirurgen einen großen Bedarf an gegenseitigen Informationen. Die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der BRD und in der DDR

führten auch zu einer unterschiedlichen Entwicklung der ärztlichen/chirurgischen Tätigkeit. Bis 1990 war der Informationsaustausch auf persönliche und einige wenige offizielle Kontakte beschränkt. Berufsverbände gab es in der DDR nicht, somit auch keine berufspolitische bzw. berufsständische Vertretung, wenn man von den diesbezüglich durchaus vorhandenen aber wenig wirksamen Aktivitäten der zahlreichen wissenschaftlichen Regionalgesellschaften absieht. In den meisten Bezirken bestanden solche regionale Fachgesellschaften. Die Interessenvertretung der Mitarbeiter des Gesundheitswesens der DDR wurde von der Gewerkschaft Gesundheitswesen in der Einheitsgewerkschaft FDGB offiziell wahrgenommen.

Da sehr bald klar wurde, dass in dem wiedervereinigten Deutschland das Grundgesetz der BRD und damit deren Rechtssystem gelten wird, bestand die Notwendigkeit für die Chirurgen der neuen Bundesländer, sich im Interesse der Fortführung ihrer eigenen beruflichen Tätigkeit über die nun geltenden neuen Rahmenbedingungen zu informieren. Dementsprechend war das Interesse der Chirurgen der neuen Bundesländer an Informationen zu berufs- und standespolitischen Fragen sehr groß. Der Berufsverband der Deutschen Chirurgen (BDC) war den meisten Chirurgen der DDR durch seine Informationszeitschrift „Der Chirurg BDC“ bekannt, wenn sich auch der Bezug der Zeitschrift „Der Chirurg“ mit den entsprechenden Beiheften in der Regel nur auf Bibliotheken beschränkte. Die dort veröffentlichten Arbeiten zu Grundfragen der Chirurgie etwa von Müller-Osten und anderen bewegten auch die Gemüter der DDR-Chirurgen. So erreichten den Präsidenten des BDC in der Zeit der politischen Wende viele Anfragen nicht nur von einzelnen Chirurgen, sondern auch von Vertretern der Krankenhäuser und Regionalgesellschaften. Für die Chirurgen der neuen Bundesländer bestand eine gewisse Unsicherheit, weil man sich in vielen Bereichen der eigenen Tätigkeit neu orientieren musste.

Der BDC hat diesen Informationsbedarf sehr schnell erkannt und entsprechend reagiert. Es ist unbestreitbar der Verdienst des geschäftsführenden Präsidiums des BDC unter Führung des damaligen Präsidenten und heutigen Ehrenpräsidenten, Prof. Dr. K. Hempel, sich dieser Herausforderung mit den Mitstreitern Dr. J. Bauch, Prof. G. Specht, Prof. Dr. W. Weissauer, Prof. Dr. J. Witte und anderen so offensiv gestellt zu haben.

Viele persönliche Gespräche wurden geführt, zahlreiche Informationsveranstaltungen in allen fünf neuen Bundesländern fanden statt. Häufig wurden dazu die Tagungen der wissenschaftlichen Regionalgesellschaften genutzt. Viele Chirurgen der neuen Bundesländer nahmen das Angebot des BDC an, Mitglied zu werden. Die Satzung des BDC in ihrer damaligen Fassung ermöglichte dies problemlos.

## Gründungen der Landesverbände in Ostdeutschland

13.04.1990	LV-Brandenburg	Vorsitzender: H. J. Hamann
28.07.1990	LV-Sachsen Anhalt	Vorsitzender: G. Kormann
15.09.1990	LV-Thüringen	Vorsitzender: H. Rupprecht
01.12.1990	LV-Mecklenburg Vorpommern	Vorsitzender: P. Lenz
01.12.1990	LV-Sachsen	Vorsitzender: E. Weiß

Folgerichtig nahm der Wunsch nach einer berufspolitischen Heimstatt auch bei den Chirurgen der neuen Bundesländer Gestalt an. Nach der Satzung des BDC war vorgesehen, für jeden Bereich einer Landesärztekammer einen Landesverband einzurichten. In der ehemaligen DDR war ja die Länderstruktur 1952 durch die Bildung von Bezirken aufgehoben worden. Mit der Wiedervereinigung wurde die Ländergliederung am 03.10.1990 wiederhergestellt, es wurden die Landesärztekammern gegründet und entsprechend kam es im Jahre 1990 unter tatkräftiger Unterstützung von Mitgliedern des Präsidiums des BDC auch zur Gründung von Landesverbänden (LV) des BDC in den neuen Bundesländern. Am Karfreitag 1990 wurde in Potsdam der LV-Brandenburg als erster Landesverband in den neuen Bundesländern gegründet. Erster Vorsitzender wurde Dr. Hamann aus Potsdam, ein Krankenhauschirurg.

Prof. Hempel berichtete im Heft 9/1990 des Informationsblattes des BDC sehr anschaulich über die Gründungsversammlung und die damit verbundene Lernphase in demokratischen Gepflogenheiten. Die Landesverbände der neuen Bundesländer gliederten sich in den Berufsverband mit seiner damaligen Zentrale in Hamburg ein. Die jeweiligen Vorsitzenden der Landesverbände wurden sofort Mitglieder des erweiterten Präsidiums des BDC und dort sehr herzlich aufgenommen. Die erste Sitzung des erweiterten Präsidiums des BDC unter Teilnahme von gewählten Vorsitzenden der Landesverbände der neuen Bundesländer fand am 2. und 3. November 1990 in Frankfurt am Main statt.

Die Gründung der Landesverbände war die eine Seite, sie zum Laufen zu bringen die andere. Das erforderte ein starkes Engagement der Landesvorstände. Aber auch für die Geschäftsstelle in Hamburg ergab sich vor allem durch den Anstieg der Mitgliederzahlen aus den fünf neugegründeten Landesverbänden ein stark erhöhter Arbeitsaufwand. Der

Beratungs- und Informationsbedarf der Chirurgen und der Landesverbände waren immens. Die Mitglieder des geschäftsführenden Präsidiums und die Geschäftsstelle gaben den Landesverbänden in vielfältiger Weise Unterstützung. Insbesondere der Präsident des Berufsverbandes, Prof. Hempel, und der Justitiar, Prof. Weißbauer, wurden mit vielen individuellen Anfragen regelrecht "zugeschüttet", die sie sachkundig und geduldig beantworteten. Seitens der Landesverbände wurden in den neuen Bundesländern gemeinsam mit der Geschäftsstelle eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen zu vielen Problemen der Übergangszeit organisiert, in denen kompetente Vertreter des BDC zu speziellen Fragen referierten. Dabei musste beachtet werden, dass auch die niedergelassenen Chirurgen in den neuen Bundesländern angesprochen und einbezogen werden.

In der ehemaligen DDR war die Niederlassung eines Arztes eine ausgesprochene Seltenheit, die Anstellung die Regel. Viele Ärzte, die bisher in der DDR in Ambulanzen an Krankenhäusern, Polikliniken und staatlichen Arztpraxen tätig waren, standen plötzlich vor der Notwendigkeit, in die Niederlassung gehen zu müssen, da ihre Arbeitsplätze in der bisherigen Form nicht mehr existierten. Ihnen fehlte jegliche Erfahrung in der Praxisgründung, zudem waren auch die materiellen Voraussetzungen eher ungünstig. Die Probleme niedergelassener Chirurgen in den neuen Bundesländern waren großenteils ganz anderer Natur als die der angestellten Kollegen, was durchaus auch zu Spannungen zwischen diesen beiden Berufsgruppen führte, die es auszugleichen galt. Meist waren die Vorstände der Landesverbände so strukturiert, dass angestellte und niedergelassene Chirurgen vertreten waren.

Seitens der Landesverbände wurde angestrebt, möglichst viele Chirurgen zur Mitarbeit zu gewinnen. Das war in einem Umfeld, das von starken Bedenken gegen jede Form der politischen Organisiertheit eben aus den eigenen Erfahrungen heraus negativ geprägt war, nicht einfach. Die Übersicht über die Mitglieder des BDC bestand in der Geschäftsstelle, da Aufnahmen neuer Mitglieder und deren Registratur nur über die Geschäftsstelle abgewickelt werden konnten.

Es war weiter notwendig, dass die Landesverbände Kontakte zu den neugegründeten Landesärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen herstellen, um die Belange der Chirurgen in der Region wirksam vertreten zu können. Es wurden auch Verbindungen zu den inzwischen auf Länderebene neugegründeten regionalen wissenschaftlichen Chirurgengesellschaften gesucht. Nur in Thüringen bestand ja in der ehemaligen DDR mit der thüringischen Gesellschaft für Chirurgie eine auf das Land bezogene Regionalgesellschaft, die mit einem neuen Statut fortbestand. In allen anderen neuen Bundesländern waren die Regionalgesellschaften für Chirurgie an den Bezirksgrenzen orientiert, länderbezogene Gesellschaften wurden erst mit der Wiederherstellung der Länderstruktur gegründet.

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen waren natürlich auch die Landesverbände mit den Folgen des politischen Wechsels konfrontiert. Chirurgen sind im Allgemeinen aktive Menschen, die etwas bewegen wollen. Viele Chirurgen der DDR haben sich im Bewusstsein ihrer beruflichen Bestimmung in die Gesellschaftsordnung eingebracht und die Entwicklung in ihrem Bereich aktiv mitgestaltet. Da blieben nach der politischen Wende Vorwürfe und Diskussionen bis hin zu einschneidenden beruflichen Veränderungen nicht aus. Das geschäftsführende Präsidium hatte in seiner Sitzung am 04.08.1990 über diese Problematik beraten und einvernehmlich im Protokoll fixiert, dass es nicht Aufgabe des BDC sei, über die politische Vergangenheit der Chirurgen in der DDR zu urteilen. Sogenannte Altlasten müssten für eine gewisse Übergangszeit akzeptiert werden. Der BDC könne nur Beratung und Hilfeleistung im Rahmen der gegenwärtigen Rechtssituation geben.

Man war der Meinung, dass die Auseinandersetzung mit diesen Fragen von den Chirurgen der neuen Bundesländer selbst geführt werden müsse.

Der Vorstand des LV-Sachsen-Anhalt sah sich veranlasst, zu dieser sehr differenzierten Problematik eine Erklärung herauszugeben, die im Mai 1991 auf einer Mitgliederversammlung besprochen und dem Präsidenten des BDC vom

Landesvorsitzenden Dr. Kormann mit Schreiben vom 31.5.1991 übergeben wurde.

Diese Stellungnahme ist aus der damaligen aktuellen Situation entstanden und zeugt von dem Ringen um diese Dinge:

„Durch Anfragen und Hinweise von ärztlichen Kollegen sieht sich der Vorstand des LV-Sachsen-Anhalt veranlasst, die folgende Stellungnahme abzugeben.

Die vergangenen vier Jahrzehnte werfen ihre dunklen Schatten auch auf Angehörige unseres Berufsstandes.

Auch Ärzte haben als Mitglieder der SED oder des Staatssicherheitsapparates ihre Positionen benutzt, um auf andere Kollegen Druck auszuüben, ihre berufliche Karriere negativ zu beeinflussen, ihre Entwicklung in anderer Weise zu behindern oder sich selbst ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen. Ärztliche Leiter haben missbräuchlich in ihrer Stellung Repressalien auf nachgeordnete Ärzte, Pflegekräfte und Auszubildende ausgeübt. Der Berufsverband der Deutschen Chirurgen ist nicht das Gremium, um solche Auswüchse des Machtmissbrauchs zu untersuchen und zu verfolgen.

Wir warnen überhaupt vor einem Klima der Hexenjagd. Die alleinige Mitgliedschaft in der SED darf kein Grund für Zurücksetzung oder Diskriminierung sein. Passive Verflechtungen in die Politik der SED, Mitläuferverhalten einerseits und bewusstes Ausnutzen und Missbrauchen von Macht andererseits ist nicht gleichzusetzen. Der Vorstand meint, dass Ärzte, die im Vorleben ins Kreuzfeuer der Kritik geraten sind, nicht in führende Positionen wissenschaftlicher Gesellschaften oder standespolitischer Organisationen eintreten sollten, bevor diese Vorwürfe nicht ausgeräumt sind. Jeder Betroffene sollte ehrlich für sich prüfen, ob er aus dieser Sicht geeignet ist, die Interessen der Kollegen zu vertreten oder ob es ihm besser zu Gesicht stünde, für einen Zeitraum der politischen Bewährung in den Hintergrund zu treten.

Die fehlende Distanz zum Unrechtsregime der Vergangenheit sollte Anlass zur Zurückhaltung bei der Übernahme leitender Positionen in Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Vereinen und Verbänden der Ärzteschaft sein.“

Auf einer Zusammenkunft der gewählten Vorsitzenden der Landesverbände mit dem Präsidenten des BDC am 8.6.1991 in Berlin fand diese Erklärung allgemeine Zustimmung mit der Empfehlung der Publikation. Die Landesverbände konnten mit zunehmender Erfahrung an Einfluss gewinnen. Auf ihren Versammlungen griffen sie aktuelle Fragen der beruflichen Tätigkeit der Chirurgen allgemein und auch in der Region auf. Dazu konnten sie auf die Unterstützung des Präsidiums des BDC durch Bereitstellung kompetenter Referenten zurückgreifen. Inzwischen war Dr. Weiß, LV-Sachsen, auf der Sitzung des erweiterten Präsidiums am 07. und 08.11.1997 als Mitglied aus den neuen Bundesländern in das geschäftsführende Präsidium kooptiert worden.

Auf der Mitgliederversammlung des BDC am 29.04.1998 anlässlich des Kongresses der DGCH in Berlin wurde Prof. Dr. Rupprecht, LV-Thüringen, als Schriftführer in das geschäftsführende Präsidium gewählt. Somit waren die Chirurgen der neuen Bundesländer auch im engeren Leitungsgremium des Berufsverbandes vertreten. Die Geschäftsstelle gab zunehmend logistische Unterstützung z. B. bei der Gewinnung von Referenten, durch Übernahme der Verschickung der Einladungsflyer u. a. m. Weiterbildungsveranstaltungen wurden organisiert so z. B. die Facharztseminare in Leipzig und Erfurt. Thematische Seminare wie z. B. zu Rechtsfragen, Gebührenseminare u. a. folgten.

Die Landesverbände bemühten sich auch um die Integration von Kollegen aus den alten Bundesländern, die leitende Funktionen in den neuen Ländern übernahmen. So erhielten z. B. u. a. in Thüringen neu berufene Kollegen die Möglichkeit, sich auf den Versammlungen der Landesverbände den Mitgliedern mit Vorträgen über ihre

Tätigkeitsfelder vorzustellen. Ganz besonders wichtig war es, bei den Landesärztekammern Mitgestaltungsmöglichkeiten in Weiterbildungsfragen zu eröffnen und zu nutzen.

Leider ist die Bereitschaft zur demokratischen Mitgestaltung dem allgemeinen Wahlverhalten in der ganzen Republik entsprechend auch in den Landesverbänden der neuen Bundesländer sehr unterschiedlich. Dazu kommt, dass die zunehmende Beanspruchung im Beruf einer regelmäßigen Mitarbeit entgegensteht. Hier bedarf es immer wieder großer Anstrengungen, die Attraktivität des Berufsverbandes zu erhöhen und damit vor allem auch junge Chirurgen zur Mitarbeit zu gewinnen. Inzwischen sind unter den knapp 16.000 Mitgliedern des BDC mehr als 3.000 Chirurgen aus den neuen Bundesländern registriert.

1960 gegründet, hat der BDC eine bewegte und erfolgreiche Geschichte erlebt, zu der auch die 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gehören. Ein unbestreitbares Verdienst des BDC und seines Präsidiums in der Wendezeit ist es, die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und die Chirurgen der ehemaligen DDR unverzüglich in den BDC integriert und ihnen damit ein berufspolitisches Forum gegeben zu haben. So gehört die Erfolgsgeschichte des BDC auch in die erfolgreiche Bilanz der Wiedervereinigung.